- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

3. Juli 2025

Änderungsantrag

des Allgemeinen Studierendenausschusses

**Beauftragung des AStA zur rechtlichen Planung und Gründung einer
Gesellschaft zur Förderung studentischen Wohnraums**

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Der AStA wird damit ~~damit zu~~ beauftragt, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung einer Gesellschaft, ~~deren Zweck die Förderung studentischen Wohnraums ist,~~
 - a) zu prüfen,
 - b) den Gesellschaftsvertrag vom Hauptausschuss und Wirtschaftsrat des Studierendenparlaments bestätigen zu lassen,
 - c) die erforderlichen Gründungsschritte einzuleiten,
 - d) und dem Parlament die Ergebnisse zeitnah vorzulegen.
2. Die Gesellschaft wird unter der Bedingung gegründet, dass diese
 - a) der Förderung sozial verträglichen studentischen Wohnraums dient,
 - b) transparent, demokratisch und ohne Profitinteresse handelt,
 - c) unter Kontrolle der Studierendenschaft und des Miethäusersyndikats steht,
 - d) bei Verkauf, Auflösung, Liquidation oder Löschung der Gesellschaft alle Vermögensanteile der Studierendenschaft an diese zurückgehen.

Begründung

Der Wohnraum für Studierende in Hamburg ist zunehmend knapp und teuer. Die hohen Mietpreise stellen mittlerweile ein erhebliches Studienhindernis dar. Durch bisherige Beschlüsse des Studierendenparlaments (z.B. Wir Wollen Wohnen!, 24. Oktober, 2025) wurde die Notwendigkeit dem entgegenzuwirken, bereits bekräftigt und insbesondere mit dem am 12. Juli 2025 beschlossenen Beitritt zum Mietshäuser-Syndikat, sowie der Schaffung der Kontierung (5|1|96|07 „Projekte gegen Wohnungsnot“) auch als politische Priorität im Haushaltsplan 2024/25 der Studierendenschaft abgebildet.

Um die Umsetzung dieser Projekte voranzutreiben, ist die Gründung einer Gesellschaft notwendig. Durch diese können entsprechende Mittel eingeworben und verwaltet werden, während gleichzeitig die Studierendenschaft die Kontrolle über diese behält. Das Miethäusersyndikat als zusätzlicher Gesellschafter ist dabei nicht nur beratend aktiv,

sondern ist eine zusätzliche Kontrollinstanz zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks und der zweckgemäßen Aufwendung aller Mittel. ist die Etablierung einer rechtlichen Struktur in Form einer Gesellschaft notwendig. Dabei sind die Beschränkungen hinsichtlich wirtschaftlicher Aktivitäten gemäß § 24 der Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen und die Aktivitäten und Finanzen der Gesellschaft transparent offenzulegen. Um sicherzustellen, dass die Gesellschaft die dargelegten Anforderungen erfüllt, ist der Gesellschaftsvertrag vom Wirtschaftsrat und Hauptausschuss des Studierendenparlaments zu bestätigen.